

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1891

6.4.1891 (No. 93)

Karlsruher Zeitung.

Montag, 6. April.

№ 93.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1891.

Dichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 6. April.

Der Reichstag tritt morgen wieder zusammen. Er findet bei der Wiederaufnahme seiner Verhandlungen noch einen reichen Arbeitsstoff vor. Die wichtigste der noch zu erledigenden Vorlagen ist wohl die Gewerbeordnungs-Novelle. Sie ist erst zu einem kleinen Theile in zweiter Lesung durchberathen. Neben ihr betrifft das Gewerbe im Besonderen noch der Musterchutzgesetzentwurf, der bekanntlich neben dem bisher schon im Gesetze vom 11. Jan. 1876 ausgesprochenen Schutz der Geschmacksmuster auch den der Gebrauchsmuster festsetzen will. Er ist erst in erster Lesung im Hause durchberathen und steckt noch in der Kommission, welcher auch das bereits erledigte Patentgesetz überwiesen war. Ein weiterer in erster Linie die Gewerbebetriebe berührender Entwurf ist die Krankenkassen-Novelle. Sie ist in der Kommission durchberathen; der Bericht derselben liegt vor. Zwei weitere der Erledigung harrende Gesetzentwürfe beziehen sich auf die Reichssteuern, es sind der Zuckerversteuergesetzentwurf und die Branntweinsteuer-Novelle. Beide haben der Kommissionsberathung unterlegen, über den Zuckerversteuergesetzentwurf ist auch schon ein mündlicher Bericht erstattet. Drei weitere Vorlagen haben gleichfalls erst die ersten Lesungen im Hause passiert. Es sind dies der Entwurf über die Prüfung der Handfeuerwaffen, der Gesetzentwurf über das Telegraphenwesen und das internationale Abkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr. Die beiden letzteren sind einer und derselben Kommission zur Vorberathung kurz vor Ostern überwiesen worden. Ein weiterer bisher noch unerledigter Gesetzentwurf stammt ebenso wie die Gewerbeordnungs-Novelle noch aus dem vorigen Sommerabschnitt des Reichstags. Es ist der Entwurf über die Abänderung einiger Bestimmungen des Strafgesetzbuchs, der einige Mißstände bei Vergehen im Post- und Telegraphenwesen beseitigen will. Seine erste Berathung wurde im Hause am 13. Juni 1890 vorgenommen. Der Entwurf wurde dann einer Kommission zur Vorberathung überwiesen und gelangte am 10. März 1891 im Hause zur 2. Lesung. Die 3. steht noch aus. Noch gar nicht in Berathung genommen sind der am 5. Februar d. J. zwischen dem Deutschen Reich und Dänemark abgeschlossene Vertrag über die Aufhebung des Abschloß- und Abfahrtsgebühren, die nach § 7 des Nahrungsmittelgesetzes vorgelegte Verordnung über das Verbot von Maschinen zur Herstellung künstlicher Kaffeebohnen und die auf Grund des § 2 des Gesetzes vom 10. September 1883 über die Ertheilung der Invenemitteln von Zollermäßigungen an das Haus gebrachte Verordnung über die Ausdehnung der Zollermäßigungen in den Tarifen A zu dem deutsch-italienischen und dem deutsch-spanischen Handelsvertrage auf Marokko. Die Berathung der letzteren Verordnung ist im Reichstage bisher mit Rücksicht auf die in Aussicht gestellte Vorlegung des zwischen Deutschland und Marokko abgeschlossenen Handelsvertrags zurückgestellt worden. Dieser Handelsvertrag beschäftigt bereits den Bundesrath und wird jedenfalls noch in der laufenden Session dem Reichstage zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Ferner welche andere größere Vorlagen von Seiten der Regierungen sind nicht angekündigt, doch gilt es für wahrscheinlich, daß dem Reichstage noch ein kleiner Nachtrags-etat zugehen wird, der sich auf das Patentamt bezieht. Das durch die Novelle umgestaltete neue Patentgesetz tritt am 1. Oktober d. J. in Kraft, und da in demselben eine Neuorganisation des Patentamtes vorgesehen ist, so ist es wahrscheinlich, daß die Mittel noch gefordert werden. Die Uebersicht zeigt, daß der Stoff, den der Reichstag noch zu erledigen hat, ein umfangreicher ist. Die schwierigeren Kommissionsarbeiten sind indessen schon erledigt, so daß für die Arbeit im Hause mehr Zeit zur Verfügung steht.

Es ist recht bezeichnend für die gegenwärtigen Zustände in Irland und für den gegenseitigen Haß der Parnelliten und Anti-Parnelliten, wenn die Meldungen über die Wahl in Sligo besonders hervorheben, daß die Wahlhandlung ohne Schlägerei vorübergegangen sei. In der Agitation für die Wahl in Sligo hatten die Schwarzdornstöcke der Parnelliten eine recht bedeutende Rolle gespielt und die Unparteilichkeit erfordert es, zu gestehen, daß die Gegenpartei den Parnelliten die Antwort nicht schuldig blieb; bis zum Wahltag scheinen sich aber die Gemüther so weit abgekühlt zu haben, daß er selbst leidlich ruhig verlaufen ist. Die Anstrengungen der Freunde Parnells sind im übrigen, wie die Leser schon wissen, erfolglos geblieben; Parnell, der die Agitation persönlich leitete und den größten Theil des Wahltages über in dem, im Gerichtsgebäude befindlichen Wahllokale anwesend war, mußte Zeuge von der Niederlage seines Freundes Dillon und

von dem Siege des anti-Parnellitischen Kandidaten Colley sein. Die Regierungsparteien in England standen dem Wahlkampfe in Sligo sehr kühl gegenüber, und wenn bei einer Wahl nicht eine Partei die siegreiche sein müßte, so hätten sie wahrscheinlich beiden mit einander kämpfenden Parteien eine Niederlage von Herzen gegönnt. Die Stimmung der englischen Unionisten gegenüber dem Kampfe der irischen Parteien wird am besten durch Aeußerungen des „Standard“ gekennzeichnet, die das Blatt am Vorabend der Erftwahl in Sligo machte. Der „Standard“ sagt: „Für uns ist es absolut gleichgültig, welche Fraktion siegt. Wir nehmen die angenehme Stellung der Zuschauer ein, welche die Aukstern essen, während die Streitenden sich um die Schalen zanken. Wir haben einen Vortheil gehabt, und zwar einen sehr wesentlichen. Während die Parnelliten und Healyiten um den Wahlkreis kämpften, haben beide ein Benehmen gezeigt, welches jeden anständigen Menschen mit Abscheu erfüllt und in noch schärferem Lichte den Charakter der Leute erscheinen läßt, welchen Gladstone die Regierung Irlands anvertrauen will. Freunde der Union können nur wünschen, daß sich dergleichen Scenen bei anderen irischen Wahlen wiederholen. Das Beste wäre, wenn in Sligo keine der Parteien eine große Stimmenmehrheit erzielt. Wird die eine Partei nur mit wenigen Stimmen geschlagen, so wird sie das nächste Mal noch rauflustiger werden und eine noch schmutzigere Sprache brauchen. Je länger der Kampf dauert, je giftiger der Haß wird, desto mehr wird sich die wahre Natur der Streiter zeigen und um so klarer wird der Majorität der Engländer die Unmöglichkeit vor Augen geführt, jemals einzuwilligen, Irland gebunden und gefesselt auf Gnade und Ungnade solchen Leuten zu übergeben, welche den Wahlkampf in Sligo die letzten vierzehn Tage geleitet haben.“ Die Hoffnung des „Standard“, daß keine der beiden irischen Parteien eine große Mehrheit erzielen möchte, ist übrigens nicht in Erfüllung gegangen, denn Colley erhielt 780 Stimmen mehr als Dillon, eine im Vergleich zu der Gesamttheit der abgegebenen Stimmen und zu den Kraftanstrengungen der Parnelliten ziemlich hohe Ziffer.

Deutschland.

* Berlin, 5. April. Die Befestigung einer Strecke des Nordostkanals durch Seine Majestät den Kaiser soll am Montag stattfinden. Dem Vernehmen nach wird sich der Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Staatsminister v. Boetticher, zusammen mit dem Geh. Regierungsrath im Reichsamte des Innern, Bartels, heute von Berlin nach Kiel begeben, um den Kaiser bei der Befestigung zu begleiten.

— Eine Deputation des 2. Hessischen Infanterie-regiments Nr. 14, dessen Chef der dänische Kronprinz ist, traf gestern in Kopenhagen ein und hatte Audienz beim Kronprinzen, darauf beim König, später bei Prinz Waldemar. Die Abordnung dinnerte gestern beim Kronprinzen. Heute findet ein Diner bei den Majestäten statt.

— Nach den „Berliner Politischen Nachrichten“ finden innerhalb der Reichsregierung über die Stellungnahme zur Chicagoer Weltausstellung Verhandlungen statt. Die Ansicht überwiegt, daß in Hinblick auf die Konkurrenz der nordamerikanischen Industrie u. a. in Ostasien, es für das deutsche Gewerbe angeht, sich in der Weltausstellung in einer seiner gegenwärtigen Entwicklung entsprechenden Weise vertreten zu sein.

Frankreich.

Paris, 4. April. Der Beschluß, mit welchem der Internationale Bergarbeiterkongreß heute auseinandergegangen ist, lautet wörtlich: Der Kongreß spricht die Meinung aus, daß zur Erreichung des Achtstundentages ein allgemeiner Streik der Bergarbeiter in Deutschland, Belgien, Frankreich, England und Oesterreich-Ungarn nöthig werden könnte. Der Kongreß ladet die Regierungen und die gesetzgebenden Körperschaften der verschiedenen Staaten ein, sich ins Einvernehmen zu setzen über ein internationales Abkommen, betreffend das Studium einer besonderen Gesetzgebung für die arbeitenden Klassen. Diese internationale Vereinbarung solle die Grundlage für die besonderen auf alle Bergarbeiter anzuwendenden Gesetze bilden, und, nach dem Muster der für Post, Telegraphen und Eisenbahnen allgemein vereinbarten Bestimmungen, den achtstündigen Arbeitstag in allen staatlichen oder Privatpersonen gehörenden Kohlen-gruben festsetzen.“ Der Kongreß lehnte dagegen den Zusatzantrag ab, der einen internationalen Ausschuß verlangt, um die Maßregeln für die baldige Veranstaltung einer allgemeinen Arbeitseinstellung vorzubereiten. Der Verlauf des Kongresses hat zur Genüge gezeigt, daß unter den Delegirten keine sonderliche Klarheit über ihre Ziele und die Wege zur Erreichung derselben besteht.

Der „Temps“ bemerkt in einer Besprechung des Kongresses, es wäre klüger und praktischer gewesen, auf die Chimäre einer allgemeinen sofortigen Lösung der die Grubenarbeiter betreffenden Fragen zu verzichten. Sicher würden die Arbeiter leichter und rascher ihre Arbeits- und Lebensverhältnisse verbessern, wenn sie die betreffenden Probleme allmählig und den örtlichen Bedürfnissen entsprechend lösen und den Weg schrittweiser Entwicklung anstatt der revolutionären Methode gehen wollten.

Spanien.

Madrid, 4. April. Den in nächster Zeit wieder zusammen tretenden Cortes wird nach der erfolgten definitiven Konstituierung der Deputirtenkammer zunächst das Budget für 1891/92 zugehen; ferner wird ihnen ein Gesetzentwurf betreffend die Aufnahme einer Anleihe zur Konsolidirung der schwebenden Schuld und ein weiterer bezüglich einer Anleihe für Cuba vorgelegt werden.

— Zur politischen Lage in Spanien wird der „Bol. Corr.“ aus Madrid geschrieben: In den nächsten Tagen treten die Cortes wieder zusammen und sobald die Deputirtenkammer sich endgiltig konstituiert hat, wird die Regierung das Budget für das Jahr 1891/92 vorlegen. Des weiteren werden unter den nächsten Vorlagen ein Gesetzentwurf betreffend die Aufnahme einer Anleihe zur Konsolidirung der schwebenden Schuld und ein weiterer bezüglich einer Anleihe für Cuba figuriren. Mit besonderem Interesse wird den in Aussicht gestellten Vorlagen zur Sozialistengesetzgebung entgegengekehrt, welche wahrscheinlich noch im Laufe des April den Cortes zugehen dürften. Es ist jedenfalls eine nicht länger hinauszuschubende Pflicht Spaniens, auf diesem Gebiet dem Beispiele der Mehrzahl der anderen Staaten zu folgen. Die Frage, ob und in welchem Maße der Staat in die Regelung der Arbeitsverhältnisse eingreifen und bei der wirtschaftlichen Sicherung der Lage der Arbeiter mitzuwirken habe, wurde in der spanischen Presse seit langem erörtert und die Ansicht, daß die Fixirung der Arbeitszeit, des Arbeitslohnes u. s. w. völlig der Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und die Kranken- und Altersversicherung der Arbeiter ihrer eigenen Initiative überlassen bleiben soll, fand eine große Anzahl von Verehrern. Der Ministerpräsident, Herr Canovas, hielt nun im Madrider Athenäum vor einiger Zeit einen überaus fesselnden Vortrag über das Thema der Sozialgesetzgebung. Trotz des theoretischen Charakters der Auseinandersetzungen des Herrn Canovas, welcher in der gelehrten Gesellschaft selbstverständlich nicht als Ministerpräsident, sondern als Historiker und Staatsmann sprach, konnte man immerhin Anzeichen der Richtung entnehmen, in welcher sich die Aktion der Regierung auf diesem Gebiet bewegen dürfte. Es scheint, daß Herr Canovas der deutsche Staatssozialismus als Muster vor-schwebt, ohne daß sich jetzt schon sagen ließe, bis zu welchem Umfang die spanische Regierung sich die Sozialgesetzgebung des Reiches aneignen wird. Wie es heißt, werden die angekündigten Vorlagen zunächst die Regelung der Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken, die Errichtung von Kranken- und Invaliditätskassen und die Feststellung der Haftpflicht des Unternehmers bei Arbeitsunfällen zum Gegenstand haben.

Portugal.

Lissabon, 4. April. Ihre Majestäten der Königin und die Königin statteten gestern dem hier vor Anker gelangenen deutschen Geschwader einen Besuch ab. Im Gefolge der Majestäten befanden sich der Marineminister Ennes und der Marinekommandant. Der Besuch dauerte eine Stunde. Abends fand ein von der deutschen Gesandtschaft veranstalteter Ball zu Ehren der Offiziere des deutschen Geschwaders statt. Auf dem Balle erschienen sämtliche portugiesische Minister und zahlreiche Würdenträger. — Vom Madrider „Imparcial“ war gestern angekündigt, die spanische Regierung könnte sich angesichts der fortdauernd gespannten inneren Lage in Portugal veranlaßt sehen, Vorsichtsmaßregeln an der Grenze zu treffen. Diese Ankündigung ist anscheinend dadurch veranlaßt worden, daß aus mehreren portugiesischen Städten neuerdings republikanische Agitationen gemeldet werden. In Coimbra sind sechs Personen verhaftet worden. Auch die Verzögerung des seit längerer Zeit in Aussicht gestellten Kabinettswechsels scheint mit der inneren Lage zusammen zu hängen. Die Konservativen verweigern die Bildung eines neuen Kabinetts angesichts der fortdauernden Agitationen. Der Ministerpräsident Abreu soll dagegen dem König erklärt haben, in der gegenwärtigen Lage sei die Erfüllung der englischen Forderungen unmöglich, wenn nicht die Konservativen das Ministerium übernehmen.

Neueste Telegramme.

Kouen, 6. April. Die feierliche Beisetzung des ehemaligen Finanzministers Pouyer-Quertier fand gestern hier unter zahlreicher Theilnahme statt. Der Erzbischof von Kouen leitete die Feier; der Senator Buffet feierte den Verstorbenen als Vertheidiger der siegreichen Politik des Schutzvolles. Einige Blätter melden gerüchtheil, unter den Beileidstelegrammen habe sich auch ein solches vom Fürsten Bismarck befunden.

Handel und Verkehr.

Auszug aus der amtlichen Patentliste über die in der Zeit vom 25. bis 31. März 1891 erfolgten badischen Patentanmeldungen und Ertheilungen...

Wien, 4. April. Weizen per Mai 22.75, per Juli 22.75. Roggen per Mai 18.85, per Juli 18.75. Rüböl der 50 kg per Mai 62.20, per Oktober 64.50.

Mai 15 1/2, per September-Dezember 16 1/2. Still. Amerikanisches Schweinefleisch, nicht verollt, dispon. 84 1/2 Frcs.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Garter in Karlsruhe.

Ganz seid. bedruckte Foulards Nr. 1.90 bis 7.25 p. Met. - (ca. 450 versch. Disposit.) versch. roben- und färbweise porto- u. zollfrei in's Haus des Seidenfabrik-Depot G. Henneberg (R. u. K. Hofliefer.) Zürich.

Frankfurter Kurse vom 4. April 1891.

Table of Frankfurt stock exchange rates for various commodities and securities, including wheat, oil, and various bank shares.

Donauessinger Pferdemarkt-Lotterie.

Bei der heute vor Notar und Zeugen stattgehabten Ziehung haben folgende Losnummern gewonnen: 627 629 *893 *957 *1369 *1478 *1494 *1547 2103 *2627 *2808 *2849...

Preussische National-Versicherungs-Gesellschaft zu Stettin.

Table showing financial results for Prussian National Insurance Company, including income (Einnahme) and expenses (Ausgabe) for 1890.

Deutscher Phönix.

Neun und vierzigste Generalversammlung. Die Actionäre des Deutschen Phönix, Versicherungs-Gesellschaft in Frankfurt a. M., werden hiermit zu der Dienstag den 14. April 1891, Vormittags 10 Uhr, in dem Saale der Gesellschaft (kleiner Fischgraben 14) hier stattfindenden 49. General-Versammlung eingeladen.

Bilanz am 31. Dezember 1890.

Balance sheet for Prussian National Insurance Company as of December 31, 1890, showing assets (Activa) and liabilities (Passiva).

Advertisement for Mammern am Bodensee, Wasserheilanstalt Schweiz, 410 M. Sanatorium für Nervenranke.

Advertisement for Blut-Apfelsinen, Citronen, Tafel-Rosinen, and other products, including contact information for the exporter in Trieste.

Legal notices and court proceedings, including cases from the Amtsgericht Stettin and Amtsgericht Mannheim, regarding inheritance and property matters.

